

## **Illusionen aus Dänemark**

6. Dezember 1992

*Aktuell: Je grösser die Blockbildung auf unserer Welt wird, desto mehr wird es unabhängige Kleinstaaten als Vermittler und Brückenbauer brauchen.*

Etwas von dem Mut der Dänen mit ihrem „Nein“ zu den Verträgen von Maastricht könnten wir in der Schweiz gut gebrauchen. Aber sind damit nicht nur falsche Illusionen geweckt worden? Die Befürworter eines Beitritts zur EG in der Schweiz jubilieren. Die Reaktion in den anderen EG-Staaten bestätige was sie schon immer gesagt hätten, nämlich, dass auch ein Kleinstaat in diesem supranationalen Gebilde eine Auseinandersetzung über grundsätzliche Fragen bewirken könne. Dies zudem noch auf dem uns Schweizern so sehr am Herzen liegenden Weg einer Volksabstimmung. Also „mehr Vertrauen in die EG und mit Volldampf nach Brüssel“, um sich mit den anderen Kleinstaaten aktiv am Aufbau des Europas der Zukunft zu beteiligen. Schön wärs, aber wer etwas genauer hinhört, für den tönt es viel weniger ermutigend.

### **Kleinstaaten in der EG nebensächlich**

So ist zunächst einmal festzustellen, dass die Dänen den Rummel, den sie mit ihrem „Nein“ bewirkten, noch lange nicht überstanden haben. Vorläufig sitzt die EG-Kommission so fest im Sattel, dass es sich ihr Präsident Delors und viele seiner hohen Beamten erlauben konnten, ziemlich barsch festzustellen, die Verwirklichung der Verträge von Maastricht werde mit oder ohne Dänemark fortgesetzt! Das ohne Rücksicht darauf, dass rechtlich die Ratifikation aller 12 EG-Staaten für die Gültigkeit einer Änderung der EG-Grundverträge - um das handelt es sich nämlich bei den Verträgen von Maastricht - notwendig ist. Unbekümmert darum, gehen die supranationalen Technokraten in Brüssel sogar soweit, den Dänen sofern sie keine Lösung für ihr Problem finden, mit einer Herabstufung auf den EWR zu drohen. Alle anderen EG-Mitglieder, insbesondere die zwei Machtträgern Deutschland und Frankreich, aber auch Grossbritannien, dem seinerzeit Dänemark von der Efta zur EG folgte, und das EG-Parlament, haben bisher diese Reaktion gutgeheissen.

Wie die meisten Reaktionen in der Schweiz zeigen, hat diese harte Haltung den Befürwortern eines EG-Beitritts immer noch nicht die Augen geöffnet - man will einfach nicht einsehen, wie sehr in der EG Kleinstaaten als nebensächlich, als eine « quantité négligeable », betrachtet werden. Das sogar, wie im Falle von Dänemark, nach fast 20 Jahren treuer Mitgliedschaft.

### **Die Revolte der Dänen**

Gerade diese, typisch französisch herablassende Haltung ist es, welche das dänische Volk zur Revolte gegen das, wie es im Wahlkampf hiess „supranationale Diktat aus Brüssel“, gebracht hat. Revolte aber auch gegen die übertriebene, mit teurem Geld von der Regierung, den Grossen in Wirtschaft und Politik und den meisten Medien betriebene Pro-Maastricht Werbekampagne, die immer aus der gleichen Drohung bestand „ein Nein zu Maastricht bedeute den wirtschaftlichen Ruin und eine politische Isolierung des Landes“. Etwas das wir Schweizer täglich zu hören bekommen, wobei sich bei uns die Frage stellt, ob wir überhaupt noch den Mut hätten, gleich wie die Dänen zu reagieren?

### **Bisher verborgene Gefahren**

Das „Nein“ der Dänen und die Reaktion aus Brüssel haben eine Reihe bisher verborgener Gefahren ans Tageslicht gebracht:

**Zunächst** einmal die Tatsache, dass sich die Verträge von Maastricht als ein recht wirksames Mittel erweisen zur Spaltung von den Völkern und ihren Regierungen, vor allem aber auch der hergebrachten politischen Strukturen in den einzelnen Mitgliedstaaten.

Wer übrigens die Methoden des französischen Staatspräsidenten Mitterand kennt, für den ist klar, dass diese Spaltung nicht ein zufälliges Nebenprodukt der Verträge von Maastricht ist. Vielmehr ein sorgfältig ausgeklügelter Plan, auf diese Weise auch die Opposition in Frankreich zu schwächen und die Gelegenheit für Mitterand, in seiner eigenen Partei das Heft wieder in die Hand zu bekommen. Schliesslich war ja er es, der wesentliche Teile der Verträge formuliert hat. Er wusste ganz genau, dass in Anbetracht der Wirren und Ängsten der Franzosen in der immer turbulenteren Ausländerfrage, die von ihm in den Vertrag über die Europäische Union eingebrachte Klausel betreffend das Wahl- und Stimmrecht der Angehörigen der anderen EG-Staaten in kommunalen Angelegenheiten alte, kaum überwundene Gegensätze der einzelnen Parteien mit aller Schärfe neu zum aufbrechen bringen würde. Gleichzeitig würden die bei den Franzosen immer noch stark vorhandenen patriotischen Gefühle in einer Weise verletzt, dass sich keine politische Partei leisten könnte, dies stillschweigend hinzunehmen. Die dadurch bewirkte Spaltung zieht sich quer durch alle politischen Parteien. Als Folge des von Mitterand selber auf den September vorgesehenen Referendums betreffend die Ratifikation der Verträge von Maastricht dürfte sich diese Spaltung auf das ganze Volk ausdehnen.

Für einen Routinier und Meister der politischen Intrige, wie Mitterand, ist das kaum ein sehr gefährliches Pokerspiel, wie es viele Beobachter annehmen. Stimmt das Volk der Ratifikation zu, so gewinnt er gleichzeitig für sich persönlich, den ihm treu gebliebenen Teil der Sozialisten und die zu ihm gestossenen Bürgerlichen unter der Leitung von Giscard d'Estaing, mit Raymond Barre, Simone Weil und Léotard im Hintergrund, eine neue Basis für die Legislaturwahlen 1993 - allenfalls in Form einer europäisch getünchten Koalition. Wird die Ratifikation vom Volk abgelehnt, dann haben sich die Bürgerlichen so hoffnungslos zerstritten, dass sich für die viel wendigeren Sozialisten gute Chancen ergeben, an der Macht zu bleiben.

### **Spielball der Grossen**

Die Vorgänge in Frankreich sind für alle anderen Mitgliedstaaten in mehr oder weniger ähnlicher Form symptomatisch und sollten uns Kleinstaaten eine wichtige Lehre für die Zukunft sein. Es geht offensichtlich den meisten europäischen Länder weniger um den Aufbau eines demokratischen und föderalistischen Europas, sondern um die Verwirklichung eigener politischer und wirtschaftlicher Ziele. An sich ist das nichts negatives - nur, wer sich in die Gemeinschaft solcher Staaten einbindet, der riskiert, in die innenpolitischen Machtkämpfe und die aussenpolitischen Hegemoniebestrebungen der grossen und letztlich wirklich entscheidenden Mitgliedstaaten hineingezogen zu werden. Zusätzlich zu seinen eigenen Problemen müsste er dann noch zum Beispiel mit denjenigen in Frankreich oder Deutschland fertig werden. Das kann besonders dann kritisch werden, wenn in diesen Ländern autoritäre oder die sonst nicht mehr demokratischen Regierungssysteme die Oberhand erhalten. Eine Gefahr, die (sic), in Zeiträumen von 5, 10 und 20 Jahren betrachtet, gar nicht so hypothetisch ist. Das sollte auch in der Schweiz vom extremsten Gegner von Armee und Beschaffung von für die Zukunft bestimmten Flugzeugen verstanden werden. Besonders, wenn wir sehen, wie rasch sich die Verhältnisse in Europa, vor allem in Deutschland und Frankreich, aber auch im Osten in wenigen Monaten dramatisch zugespitzt haben.

Es wäre eine Illusion, zu glauben, dass Kleinstaaten durch Einzelaktionen, wie das „Nein“ der Dänen, daran irgendetwas ändern könnten. Wir sind und bleiben eben im Vergleich zur EG eine « quantité négligeable ». Das sind Realitäten, die wir aus den Überlegungen für unsere Zukunft auf keinen Fall ausschliessen dürfen. Also wäre es vielleicht besser, uns nur mit anderen « quantités négligeables » zusammenzuschliessen, um wenigstens auf einer einigermaßen gleichberechtigten Basis Lösungen für unsere gemeinsamen Probleme zu suchen - so wie wir es in der Efta getan haben. Die Dänen brauchten 20 Jahre, um dies zu merken, obwohl unsere damaligen Verantwortlichen, insbesondere Bundesrat Schaffner, ihnen und den Engländern eine solche Entwicklung vorausgesagt hatten!

### **Die supranationale Unterwanderung**

Das „Nein“ der Dänen hat noch etwas anderes zutage gefördert. In den meisten europäischen Staaten sind die durch die Ratifikation der Verträge von Maastricht angefachten internen politischen Partezwistigkeiten geschickt, und zweifellos mit auch aus Brüssel gesteuerten Aktionen (und viel Geld), dazu benützt worden, um die Idee einer neuen Partei, einer Europa-Partei, an Stelle der zum Teil sehr aufgebrauchten herkömmlichen Parteien, zu lancieren. An sich könnte dies durchaus positiv sein, würde doch dadurch der Aufbau eines europäischen Bundesstaats von unten nach oben, also auf möglichst demokratischer Weise, in die Wege geleitet. Es besteht aber auch die Gefahr, dass sich solche von Brüssel aus inspirierten und unterstützten Europa-Parteien in unseren Ländern, zu einer straff supranational geführten Einheitspartei auswachsen - besonders, wenn an all das Geld und alle anderen Vorteile gedacht wird, welche die EG-Kommission verteilen kann. Es würde nicht verwundern, wenn Delors - man nennt ihn neuerdings « Napoléon Delors » - und viele Mitarbeiter seines „brain trusts“ ernsthaft an der Verwirklichung solcher Ideen arbeiten. Die Ratifikation der Verträge von Maastricht, gibt diesen Ideen neuen Auftrieb, besonders wenn das „Nein“ der Dänen in Frankreich, Irland oder sogar in Deutschland und in anderen EG-Staaten wiederholt werden sollte.

© Frédéric Walthard